

Pressemitteilung

Nr. 078/17 vom 16.08.2017

Verwaltungsreform

Innenministerium kritisiert unseriöses Vorgehen von BVB/Freie Wähler

Lange: Verwaltungsreform soll vom Landtag bis Ende 2017 beschlossen werden – Vida verwechselt offenbar Funktionalreform I und II

Potsdam – Das Innenministerium hat die Forderung der Gruppe BVB/Freie Wähler, die geplante Verwaltungsreform zu stoppen, zurückgewiesen. „Was Herr Vida hier betreibt, ist einfach nicht seriös. Er hat das Schreiben des Chefs der Staatskanzlei entweder nicht verstanden oder will die Öffentlichkeit ganz bewusst hinter die Fichte führen. Es geht in dem betreffenden Schreiben ausschließlich um die Funktionalreform II. Die Gesetzentwürfe zur Kreisneugliederung und zur Funktionalreform I liegen bereits im Landtag. Die Beschlussfassung darüber ist bis Ende 2017 vorgesehen und dieser Zeitplan ist vom betreffenden Schreiben völlig unberührt“, erklärte Innenstaatssekretärin **Katrin Lange** heute in Potsdam. Für ein Inkrafttreten der Funktionalreform II gibt es dagegen bislang gar keinen beschlossenen Zeitpunkt.

Die heutige Erklärung von Herrn Vida verwechselt offenbar die Funktionalreform I mit der Funktionalreform II. Bei dem Schreiben des Chefs der Staatskanzlei ging es aber nicht um die Funktionalreform I (Übertragung von Landesaufgaben auf die Kreise). Das Schreiben des Chefs der Staatskanzlei bezog sich vielmehr ausschließlich auf die Funktionalreform II (Übertragung von Kreisaufgaben auf die kreisangehörigen Gemeinden). Diesbezüglich hat der Landtag in seinem Leitbildbeschluss um eine Erweiterung der Aufgabenliste bis zum 1. Halbjahr 2017. Nur diese Erweiterung der Aufgabenliste zur Funktionalreform II verzögert sich.

Das erklärt sich damit, dass vor einer Erweiterung der Aufgabenliste eine solide Bewertung der rechtlichen und finanziellen Folgen einer Aufgabenübertragung erfolgen muss. Die Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung müssen insbesondere vor dem Hintergrund der sich durch die Kreisgebietsreform ändernden Gebietskulisse und des strikten Konnexitätsprinzip überprüft werden.

„Dies dauert nun eben etwas länger, wofür es gute Gründe gibt. Und darüber wurde der Landtag offen und zutreffend informiert. Das ist alles“, so Lange. Die Landesregierung habe den Anspruch, dem Landtag nur eine rechtlich und finanziell sauber geprüfte Erweiterung der Aufgabenliste zu übermitteln. „Wir werden hier nichts übers Knie brechen und es gibt auch kein Machtwort vom grünen Tisch. Das ist genau das, was hier nicht stattfindet. Die Landesregierung hört zu, ist im Gespräch mit allen Betroffenen und wird am Ende einen guten Vorschlag machen. Und das dauert nun eben etwas länger“, so Lange. Das sei „kein Offenbarungseid, sondern seriöses Arbeiten“, sagte Lange abschließend.

* * *